

17. Februar 2021

## **BUND-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl:**

### **Was tun für die Verkehrswende?**

**Ludwigsburg. Der Kreisverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat vor kurzem die Parteien zur Landtagswahl zu drei ausgewählten Themen befragt. Geantwortet haben Grüne, CDU, SPD und FDP. Beim ersten „Wahlprüfstein“ ging es um das Thema zukunftsfähige Mobilität.**

Verschiedene Studien zeigen, dass es nicht ausreicht, die Verbrenner-Fahrzeuge eins zu eins gegen E-Mobile oder anderer Erneuerbare auszutauschen. Um das vertraglich vereinbarte Klimaziel von Paris zu erreichen, brauche es beim Autoverkehr vor allem FFK: weniger Fahrzeuge, weniger Fahrten, weniger Kilometer, stellte der BUND-Kreisvorsitzende Stefan Flaig fest. Vor diesem Hintergrund bat der BUND die Kandidat\*innen der Parteien um Antworten, was sie konkret in Land und Kreis tun wollen, um das zu erreichen.

Die drei **FDP**-Kandidaten lehnen Verbotsdebatten ab. Sie setzen stattdessen auf die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger, z.B. mittels nutzerfreundlicher Apps, um die Nachfrage einer modernen Gesellschaft zu befriedigen. Außerdem sehen sie große Potenziale beim Wasserstoff als Kraftstoffbasis der Zukunft für die motorisierten Verkehrsmittel.

Für den **BUND** bleibe damit allerdings alles beim Alten, weil „weder die eine noch die andere Maßnahme geeignet ist, die Mobilitätswende zu schaffen“, so Flaig. Die Studie „Mobiles Baden-Württemberg“ der Landesstiftung BW habe eindeutig gezeigt, dass der bloße Austausch der Antriebstechnik nicht ausreicht.

Auch die drei Kandidat\*innen der **CDU** wollen die freie Auswahl zwischen Batterie, Brennstoffzelle und synthetischen Kraftstoffen ermöglichen. Daneben setzen sie auf die Digitalisierung in Form einer Mobilitätsplattform, die ÖPNV und Individualverkehr verknüpft. Auf dem Land wollen Sie automatisierte und bedarfsorientiert fahrende Shuttle-Busse fördern. Fuß- und Radwege sollen ausgebaut werden, Radwege möglichst von Auto- und Fußgängerverkehr getrennt werden. Der **BUND** könne auch hier keine wirksamen Maßnahmenvorschläge hin zu einer wirklichen Mobilitätswende erkennen, auch wenn der Ausbau der Fuß- und Radwege in die richtige Richtung ziele. „Erst wenn die Flächen dafür dem Autoverkehr weggenommen werden, entfalten die Maßnahmen genug Wirkung zum Umsteigen aufs Rad“, erklärt Flaig.

Die drei **SPD**-Kandidaten setzen vor allem auf den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs, auch im ländlichen Raum. So wollen sie die Bottwartalbahn, die Stadtbahn Ludwigsburg und die Verlängerung der S5 verwirklichen. Gleichzeitig soll der ÖPNV preislich attraktiver werden, finanziert durch eine Nahverkehrsabgabe. Daneben wollen sie die privilegierte Position des Autos im Verkehr reduzieren, z.B. durch mehr kommunale Kompetenzen beim Tempolimit.

So unterstützenswert die Vorschläge der SPD beim Ausbau des Öffentlichen Verkehrs für den **BUND** seien, so vage bleibe sie bei der Reduzierung des Autoverkehrs. „Es geht aber bei der Verkehrswende nicht darum, dass mehr Leute mit Zug oder Bus fahren, sondern dass weniger Leute mit dem Auto fahren – und das passiert nicht automatisch“, weiß der Geograph Flaig. „Ich vermisse deshalb mehr konkrete Maßnahmenvorschläge zur Reduzierung des Straßenverkehrs“.

Die drei Kandidat\*innen der **Grünen** machen detaillierte Vorschläge zum Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, insbesondere der drei bereits genannten Schienenverbindungen, zum Schienenanschluss von Industriegebieten, zur Aufwertung des Güterknotens Kornwestheim, zur nachhaltigen Verteilung von Waren innerhalb der Kommunen (City-Logistik) und zur Verbesserung des Radwegenetzes. Finanziert werden soll das unter anderem durch eine Nahverkehrsabgabe. Der Nord-Ost-Ring soll endlich ad-acta gelegt werden, und um den Autoverkehr zu verringern, soll das Parkraummanagement in den Kommunen verstärkt werden.

Der **BUND** unterstütze alle Vorschläge der Grünen zur Angebotsverbesserung bei ÖPNV und Radverkehr, erklärt der Kreisvorsitzende Flaig. Doch auch hier fehlten konkrete Vorschläge für sogenannte Push-Maßnahmen zur Reduzierung des Straßenverkehrs. „Parkplätze zu „managen“, also mehr Geld dafür zu verlangen, verringert nicht den Parksuchverkehr in den Städten, im Gegenteil. Die einzige Methode dafür ist die Abschaffung der öffentlichen Parkplätze“, so Flaig.

Insgesamt bewertet der **BUND** die Vorschläge der vier Parteien zu diesem Thema als sinnvoll, aber bei weitem nicht ausreichend, um die selbst gesteckten und vertraglich vereinbarten Klimaziele einzuhalten. „Da sind die vier Parteien noch viel zu zögerlich und müssen noch deutlich nachbessern, zumal wir bei der Klimaerhitung eigentlich keine Zeit mehr haben“, meint Flaig abschließend.

Die vollständigen Wahlprüfsteine und Antworten der Parteien sind auf der Homepage des BUND-KV Ludwigsburg abrufbar: [www.bund.net/kv-ludwigsburg](http://www.bund.net/kv-ludwigsburg) .

*Kontakt: Stefan Flaig, Haffnerstr. 4, 71672 Marbach  
[Stefan.Flaig@bund.net](mailto:Stefan.Flaig@bund.net), Tel.: 0711/255 196 56*